



Deutschland. Aber normal.

AfD Fraktion Offenbach Berliner Straße 100 63065 Offenbach a.M.

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Färber

im Hause

AfD Fraktion Offenbach
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main
Tel: 069 / 80 65 35 08
Fax: 069 / 80 65 35 09
E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 15.02.2024

Antrag

Gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen – Beratungsleistungen städtischer Ämter wieder aufnehmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zur prüfen und zu berichten,

- inwieweit sich die Beratungsleistungen der städtischen Ämter für Bedürftige seit dem Auftreten von Corona sowohl qualitativ, als auch quantitativ, verändert haben,
- welches die Ursachen dafür waren,
- wie sich die derzeitige Situation darstellt,
- welche Maßnahmen erforderlich bzw. geplant sind, die derzeit unbefriedigende Situation für Hilfsbedürftige zu verbessern.

Begründung:

Seit dem Auftreten von Corona wurden viele städtische Beratungsstellen, insbesondere für Bürger in Notlagen geschlossen oder arbeiten seither im



Homeoffice, so die einhellige Feststellung der paritätischen Wohlfahrtsverbände der Stadt Offenbach.

Ämter der Stadt verweisen Bürger in Notlagen - trotz gesetzlicher Verpflichtung zur Beratung – in der Regel ohne selbst tätig zu werden, wie bspw. durch persönliche Beratung oder der Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, direkt an Verbände, wie z.B. IB, Caritas oder Diakonie. Wegen mangelnder bzw. nicht vorhandener Erreichbarkeit kann dies in Extremfällen zu ernsthaften Konsequenzen für die Betroffenen führen.

Aufgrund mangelnder Akzeptanz, fehlenden Voraussetzungen oder Unkenntnis, sind Online-Beratungsangebote bzw. Online-Formulare darüber hinaus keine wirklichen Alternativen zur persönlichen Beratung vor Ort. Dringende Abhilfe tut also mehr als Not.

Antragsteller: Christin Thüne, Stadtverordnete

